

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Horst Peter MdB zum Um-
weltminister: Bereits im In-
teressenverhau der Atom-
Lobby verheddert.

Seite 1

Dr. Wolfgang Schwenk MdB
schildert einen beispielhaf-
ten Modellversuch für Ver-
kehrsberuhigung: Buxtehu-
de sollte Schule machen.

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB
zur Argumentation von
Kernkraftbetreibern: Das
„subjektive Risiko“ von
Tschernobyl.

Seite 4

Dokumentation
Der Präsident des Umwelt-
bundesamtes, Dr. Heinrich
Freiherr von Lersner, trug
vor der SPD-Bundestags-
fraktion Gedanken zu
grundsätzlichen Umwelt-
schutzproblemen vor. Wir
dokumentieren den zwei-
ten Teil seiner Ausfüh-
rungen.

Seite 5

41. Jahrgang / 105

6. Juni 1986

Bereits im Interessenverhau der Atom-Lobby verheddert

Mit Walter Wallmann als Umweltminister können die Probleme
nicht gelöst werden

Von Horst Peter MdB

Kohl, Bundeskanzler - zehn Tage vor der Niedersachsenwahl wird es dem Mann bange. Er spürt, niemand mehr mag den Beschwichtigungslügen über die Atomenergie, die nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl verbreitet werden, so recht folgen: Der törichten und absurden Einlassung Zimmermanns, für die Bundesrepublik bestünde keine Gefahr, und auch nicht der Kohlschen Variante der Verelendungstheorie, die besagt, dem Ausstieg aus der Kernenergie würde der totale wirtschaftliche Niedergang und Massenarbeitslosigkeit folgen. Kohl praktiziert eine neue Qualität des Aussitzens. Sowie schon Schäuble Minister werden mußte, so wird jetzt Wallmann Minister, statt die Probleme zu lösen, werden für die Probleme neue Ministerien geschaffen.

Denn Wallmann wurde nicht Minister, um die Atomenergiefrage zu lösen. Dieses merkwürdige Bündnis der Unbelehrbaren Kohl/Gorbatschow/Mitterrand, die borniert an der Kernenergie festhalten - eine wahrhaft strahlende Allianz gegen das Umdenken - wurde jetzt um den Minister Wallmann angereichert. Wallmann soll bis zur Niedersachsenwahl in den Medien präsent sein, um Handlungswillen und neue Kraft zu demonstrieren, verdecken, daß außer dieser GAU-kelei nichts Handfestes geschieht, der Beschwichtigungslüge neues Leben einhauchen. Für diese zehn Tage, die er Minister sein muß, in der er Luftschlösser bauen wird und soll, reicht es, daß er im Schloßchen Schaumburg Quartier bezieht, ein ordentliches Ministerium ist für diese Aufgabe nicht notwendig.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verdienter Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Wer ist Wallmann: Er ist einer der Scharfmacher aus Dreggers Django-Truppe. Exekutor der der bayerischen ebenbürtigen Frankfurter Liberalität: Wallmann zerschlug und entdemokratisierte das kommunale soziale Netz in Frankfurt, häufte einen Milliarden Schuldenberg an, um für die Elite in der City protzen zu können, ließ die Stadtteile veröden, hatte Probleme mit dem Verbot von NPD-Veranstaltungen, schürte die Ausländerfeindlichkeit, kämpfte gegen die sozialliberale Rechtsstaatspolitik und die neue hessische Ausländerpolitik.

Für seinen Job bringt er das rechte Augenmaß mit: Hält die Atomkraft für unverzichtbar und den sofortigen Ausstieg für unverantwortlich, hält „die Gefahren, die von ihnen ausgehen können“ für gebändigt, da „von den großen Gefahren, die man den Kernkraftwerken zuschreibt, noch keine einzige eingetreten ist“. Ein Restrisiko sei geblieben, „aber es ist wesentlich kleiner, als das der Kohlverbrennung. Wir haben es weitgehend im Griff“. Dieser Mann hat sich schon im Interessenverhau der Atom-Lobby verheddert, denn unbelehrbar predigt er die längst widerlegten Standards der Atomwirtschaft, Atomkraft sei billiger, wirtschaftlicher und umweltschonender.

Wallmann tritt in eine Regierung ein, die im Selbstbild als die erfolgreichste deutsche seit 1949 und die erfolgreichste Regierung gegenwärtig in Europa gilt, er löst Zimmermann ab, laut Kohl ein ungewöhnlich erfolgreicher Umweltminister und Wallmann selbst soll, so Kohl, dessen ist dieser sich sicher, ein ungewöhnlich erfolgreicher Umweltminister werden. Wer die Erfolgsbilanz dieser Regierung untersucht, kommt schnell darauf, daß der Erfolg dieser Regierung darin bestehen muß, erfolgreich den Menschen weisgemacht zu haben, Erfolg gehabt zu haben.

(-/6.6.1986/rs/ks)

* * *



Buxtehude sollte Schule machen

Ein beispielhafter Modellversuch für Verkehrsberuhigung

Von Dr. Wolfgang Schwenk MdB

Am 30. Mai 1986 wurde der Buxtehuder Stadtbaurat Otto Wicht mit dem Verkehrssicherheitspreis in Gold der Deutschen Verkehrswacht ausgezeichnet. Warum?

Mancher glaubt noch, Buxtehude - eine hübsche Kleinstadt bei Hamburg - gäbe es nur in Geschichten. Andere wissen, daß dort die Hunde mit dem Schwanz bellen. Baurat Otto Wicht hat für eine neue Kennzeichnung gesorgt: In Buxtehude hat er in einem Wohngebiet von circa einem Quadratkilometer Größe Tempolimit 30 durchgesetzt, die Unfallzahlen konstant gehalten, während sie im übrigen Stadtgebiet dem allgemeinen Trend folgend nach oben wiesen, und damit eine auf 1,6 Millionen DM geschätzte Schadensvermeidung erreicht. 45 Prozent weniger Schwerverletzte und 38 Prozent weniger schwere Sachschäden sind zu verzeichnen. Außerdem - und nicht zuletzt - hat das mit Hochhäusern, Dreistöckern und Reihensiedlungen bestückte Wohngebiet durch geschickte Linienführung der Fahrwege optisch an Reiz gewonnen.

Welchen Weg hat die Stadt Buxtehude beschritten? Nicht den Weg der beträchtlichen Aufstockung des Schilderwaldes und verstärkter Radarkontrollen. Vielmehr ging Otto Wicht daran, im Beruhigungsgebiet die Straßenprofile zu verengen, begrünte Inseln und versetzte Parkstreifen in die Fahrbahnen einzubauen sowie die Längsprofile der Straßen in bestimmten Abständen aufzuwölben. Bis auf wenige Ausnahmen hat er das Prinzip „Rechts vor Links“ konsequent durchgesetzt.

Die Durchführung des wissenschaftlich begleiteten Modellversuchs erfolgte in zwei Phasen. Zunächst wurden die Fahrbahnen lediglich durch Markierungen und durch Pflanzkübel verengt. Das hatte den Vorteil, daß diese jederzeit wieder versetzt werden konnten, wenn sie sich für LKWs, Busse und Feuerwehrfahrzeuge als hinderlich erwiesen oder wenn insbesondere in Einmündungsbereichen Radien zu eng gezogen oder sich Stauräume als zu klein erwiesen. Erst nach einjähriger Erprobung wurde der Endausbau in Angriff genommen.

Selbstverständlich blieben in der Anfangsphase kritische Bedenken von Bus-, Taxi- und Krankenwagenfahrern (auch von Geschäftsleuten des benachbarten Innenstadtbereichs) und rechtliche Bedenken der Polizei nicht aus. Probefahrten und Messungen ergaben jedoch, daß nur minimale zeitliche Verzögerungen gegenüber Tempo 50 mit ständigem Bremsen und Anfahren die Folge waren, daß der Verkehr mit Tempo 30 im Beruhigungsgebiet flüssiger und gleichmäßiger läuft.

Der Rat der Stadt folgte dem Modellversuch zunächst keineswegs mit einhelliger Begeisterung. Es war die SPD, die ihrem Stadtbaurat von Anfang an den Rücken stärkte und ihn vor Angriffen in Schutz nahm. Nur zögernd folgten die CDU und FDP dem Projekt der Wohnumfeldverbesserung, der Abkehr von der Vorstellung der „verkehrsgerechten Stadt“ auf den Weg zur Verteidigung der Fußgänger, Radfahrer und Kinder gegenüber dem vorherrschenden Automobil.

Seit der Durchbruch gelungen ist, kommen immer mehr auswärtige Besuchergruppen aus anderen Städten und Gemeinden, sich die Buxtehuder verkehrsberuhigten Zonen anzusehen und finden, daß es ein nachahmenswertes Beispiel ist.

Also: Auf nach Buxtehude!

(-/6.6.1986/rs/ks)

Das „subjektive Risiko“ von Tschernobyl
Zur Argumentation von Kernkraftbetreibern
Von Dr. Dietrich Sparling MdB

Im Leitartikel der Zeitschrift „Energiewirtschaftliche Tagesfragen“ konnte man vor einigen Monaten lesen, daß nach Untersuchungen einer Expertengruppe die Erzeugung von Strom durch Kernenergie ungefährlicher sei, als die durch Kohle, Öl und sogar als die durch Sonnenenergienutzung.

Kernenergie sei objektiv ungefährlich, jedoch leider:

„Traurige Tatsache bleibt aber, daß Teile der Bevölkerung sich nicht nach dem objektiven Risiko richten, sondern sich vielmehr von subjektiv empfundenen Risiken beeinflussen lassen.“

Daher das Fazit:

„Jedenfalls sollte wirklich alles getan werden, daß für unsere Gesellschaft das im Energieversorgungsbereich wohl größte Risiko nicht Wirklichkeit wird. - gemeint ist das Risiko, auf Kernenergie ganz verzichten zu müssen.“

Mit dem größten Risiko, auf Kernenergie verzichten zu müssen, ist allerdings nicht das Risiko gemeint, daß bei dem Verzicht auf Kernenergie entsteht, der durch einen Reaktorunfall verursacht wird.

Übrigens: Die zitierte „Expertengruppe“ gehörte zur internationalen Union der Erzeuger und Verteiler elektrischer Energie, also einer Vereinigung von Leuten und Unternehmen, denen Kernkraftwerke gehören.

Erklärlich also, warum sie die Risiken so sehen und nicht anders.

Deshalb bitten wir um Verständnis dafür, daß, wenn man zufällig kein Kernkraftwerk besitzt, die Zuordnung subjektiver und objektiver Risiken etwas anders vornimmt.

(-/6.6.1986/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Heinrich Freiherr von Lensner: Vorsorge vor Irrtum treffen (Teil II)

Der Präsident des Umweltbundesamtes, Dr. Heinrich Freiherr von Lensner, trug in der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion vom 3. Juni 1986 Gedanken zu grundsätzlichen Problemen des Umweltschutzes in der Industriegesellschaft vor. Wir dokumentieren seine Ausführungen im Wortlaut.

5. Damit bin ich beim Verhältnis Ökonomie - Ökologie. Es gehört ja schon zum Pflichtinventar ökologischer Sonntagsreden, die Versöhnung beider Begriffe zu fordern. Ganz wird uns das nie gelingen. Obwohl beide Begriffe die Lehre vom Haushalten meinen, hat sich der eine fortentwickelt zum Haushalten des Menschen mit den ihm verfügbaren Gütern, während der andere den Haushalt der Natur lehrt, in dem der Mensch nur ein, wenn auch der mächtigste Teil ist. Ich vermute, daß Konflikte der beiden Lehren immer auf Zeitdifferenzen zurückzuführen sind. Die Amortisationszeiten der Raiffeisenbanken stimmen nun einmal nicht immer überein mit den Regenerationszeiten des Bodens. Noch stärker klaffen die Zeiten in der Dritten Welt auseinander, die Zeit der Einpendelung des Bevölkerungswachstums und die der natürlichen Regeneration.

Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß die Ökonomie vor allem in den hochentwickelten Industriestaaten, zunehmend aber auch schon die der sogenannten Schwellenstaaten, wieder lernt, sich als Teil der Ökologie zu begreifen und deren Bedingungen in ihr Kalkül einzubeziehen. Als vor 14 Jahren der BDI erstmals zum Entwurf eines Bundesimmissionsschutzgesetzes Stellung zu nehmen hatte, da kam ein schlichtes Njet aus Köln. Heute wäre eine solche Pauschalablehnung nicht mehr denkbar. Sie wäre weder politisch klug - das war sie auch damals nicht - noch ökonomisch.

Solche Stellungnahmen von Industrieverbänden fallen heute schon deshalb weniger einfältig aus, weil sich inzwischen herumgesprochen hat, daß die zehn Milliarden Mark, die die neue TA-Luft vielleicht an Investitionen auslöst, bei den einen Unternehmen als Kosten, bei den anderen dagegen als Gewinne erscheinen. Man sollte deshalb auch Kostenschätzungen nicht hinnehmen, mit deren Hilfe ein Industrieverband aufzeigt, was er im Jahr für den Umweltschutz aufwendet, sondern immer - wie unter Kaufleuten üblich - eine Bilanzierung fordern. Wieviel habt ihr in der gleichen Zeit am Umweltschutz verdient? Was haben allein die Einführung des Katalysators oder die schrittweise Substituierung des Asbests im Hochbau durch Kunstfasern an zusätzlichen Umsätzen und Gewinnen eingebracht? Seit das Thema Altlastensanierung aktuell wurde, drücken sich die Vertreter der Bauindustrie bei den Umweltministern die Türklinken in die Hand, bei den Roten und Grünen ebenso wie bei Blau-Gelben und Schwarzen.

Die Stickstoffgrenzwerte für Kohlekraftwerke haben die Umweltminister nicht deshalb auf 200 mg/Kubikmeter gesenkt, weil das Umweltbundesamt dies vorschlug, sondern erst, nachdem Anlagenbauer erklärten, sie könnten solche Werte garantieren.

6. Damit bin ich bei einem Thema, das auch ihre Fraktion umzutreiben scheint, nämlich bei der Wahl der Instrumente der Umweltpolitik. Es ist nicht zu verkennen, daß durch die oben gezeigte Verlagerung des umweltpolitischen Schwerpunktes von der Rückstands-beseitigung zur umweltgerechten Technologie die Tendenz des Staatseinflusses auf die Unternehmerentscheidungen zunimmt. Der liberale Nachtwächterstaat setzt Immissionsgrenzwerte und überläßt in diesem Rahmen dem Unternehmer oder Verbraucher die Freiheit. Umso mehr wir von dieser immissionsbezogenen End-of-the-Pipe-Strategie vordringen zu speziellen Anforderungen an Produktion und Produkte, desto größer wird der Staatseinfluß, um nicht das Reizwort der Investitionslenkung zu gebrauchen.

Andererseits lehrt uns die Erfahrung, daß diejenigen Staaten, die weltweit den höchsten technischen und politischen Standard des Umweltschutzes erreicht haben, alles marktwirtschaftlich verfaßte Demokratien sind. Theoretisch müßte die Planwirtschaft eines Staatshandelslandes ja weiter sein als



wir, denn die Notwendigkeit des Umweltschutzes haben auch diese Staaten erkannt, angeblich schon früher als wir, und Möglichkeit dies bis hinunter in den kleinsten Betrieb zu exekutieren, ist vorhanden. Das Ergebnis sieht jeder, der in das andere Deutschland fährt. Diese Beispiele zeigen, daß marktwirtschaftliche Ordnung dann schneller und erfolgreicher die Herausforderung der ökologischen Innovation der Volkswirtschaft zu bestehen in der Lage ist, wenn man ihr die erforderlichen Anstöße, Anreize und auch Bedingungen vorgibt.

Bei der Wahl der umweltpolitischen Instrumente ist also im Zweifel dem Marktnäheren der Vorzug zu geben, demjenigen also, der Eigenverantwortung und auch der Risikobereitschaft privaten Unternehmertums den größeren Spielraum läßt. Dies setzt allerdings nicht nur staatliche Vorgaben, sondern sachlich fundierte Verbraucheraufklärung voraus, Beratung vor allem des Mittelstandes und auch der Landwirte. Aufgaben, denen sich vor allem mein Amt besonders anzunehmen gehalten ist. Dies setzt ferner unabhängige Umweltverbände und Informationsmedien voraus, damit nicht der Verkäufer bestimmt, was der Käufer braucht.

7. Ein letzter Hinweis sei mir noch gestattet: Schon das Wort „Umweltschutz“ das meines Wissens vor 1970 in keinem deutschen Wörterbuch stand, deutet an, daß die Umweltpolitik damals rein anthropozentrisch, menschenbezogen verstanden wurde. Selbst der Artenschutz wurde mit Vorteilen des genetischen Potentials für den Menschen begründet. Erst allmählich erkannten wir wieder, daß Umweltschutz auch Mitweltschutz ist.

Als der Bundespräsident in seiner ersten Weihnachtsansprache sagte, wir hätten die Umwelt nicht nur um des Menschen, sondern auch um ihrer selbst willen zu schützen, da erkannten nur wenige die politische Brisanz dieser Aussage. Verfassungsrechtlich ist eine Staatszielbestimmung zu Gunsten der Umwelt des Menschen eigentlich überflüssig, denn deren Schutz ist bereits hinreichend verankert. Erkennt man aber derartige Eigenrechte der natürlichen Mitwelt an, dann wird die Sache - wie oben beim Vorsorgeprinzip - erst spannend.

Denn der Mensch kann nun einmal nicht existieren ohne Tiere und Pflanzen zu töten, ohne Umwelt zu zerstören. Der „Friede des Menschen mit der Natur“ ist eine Illusion. Dagegen wäre selbst der Frieden der Menschen untereinander schon eher denkbar. Was wir aber tun können, ist den Umgang des Menschen mit der Natur zu zähmen, Rechtfertigungsgründe zu entwickeln, wann der Mensch Natur stören oder zerstören darf. Schon der Respekt, die Achtung des Menschen vor der Mitwelt ist ein Ziel, das zu erreichen die Mühe lohnt.

Umweltschutz ist aber nicht nur Mitweltschutz, sondern auch Nachweltschutz.

Die lebenswürdige Umwelt auch künftiger Generationen zu schützen, ist im Zeitalter der Rohstoffverschwendung und jahrtausendelanger Halbwertzeiten eine politisch wie ethisch vordringliche, wenn auch schwer zu erfüllende Herausforderung. Bei Abwägung der Prioritäten müssen deshalb langfristige, irreversible Belastungen schwerer wiegen als kurzfristige und korrigierbare. Auch institutionell sind wir noch nicht geübt, Kompromisse zu Gunsten künftiger Generationen zu schließen. Beides - Mitweltschutz und Nachweltschutz - setzt Trauhänderschaften voraus, Menschen und Institutionen, die bereit und befähigt sind, als Anwälte für Mit- und Nachwelt aufzutreten.

Auch hierin sehe ich eine Aufgabe für Umweltbehörden und unabhängige Umweltverbände, die der politischen und rechtlichen Stärkung bedarf.

8. Ich will es mit diesen Gedanken bewenden lassen. Manches mag Ihnen zu abstrakt, zu wenig hilfreich für Ihre jetzt und hier anstehenden Entscheidungen sein. Herr Dr. Vogel bat mich jedoch um meine Meinung zu grundsätzlichen Problemen, die ich hiermit darzulegen versucht habe.

(-/6.6.1986/rs/ks)

